

Pulsnitzer Tageblatt

Druck- und Verlagsanstalt Pulsnitz
Hohlfeld-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0,20. Umtliche Zeile RM 0,75 und RM 0,60. Reklame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Lage oder in Konfliktfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Kreisnachschlag in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Breinig, Hausmalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Wichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Förster & Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 247

Freitag, den 22. Oktober 1926

78. Jahrgang

Das Wichtigste

Reichspräsident von Hindenburg stattete der Freien Reichsstadt Bremen einen Besuch ab.

Unmittelbar nach Zusammenritt des Reichstages wird, wie die Morgenblätter erfahren, die Wahlreform mit den Führern der großen Parteien im Reichstag besprochen werden. Vorläufig liegt ein Referentenentwurf vor, dessen Schicksal von der Aufnahme abhängt, die ihm die großen Parteien bereiten werden.

Über Mittelamerika wütet ein schwerer Orkan, der erheblichen Schaden anrichtet.

Popolo d' Italia beschäftigt sich mit der Steuererklärung Mussolinis und stellt fest, daß Mussolini zwar 5 Ministerien verwalte, aber nur ein Ministergehalt beziehe.

Am 27. Oktober tritt der ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates zu einer Sitzung zusammen. Es stehen u. a. zur Verhandlung: Die Förderung der Stielung mit Reichsmitteln und die Zusammenarbeit von Enqueteausschuss und Landwirtschaftsrat.

Nach den Morgenblättern wird die Auszahlung der ersten 5 Millionen aus dem Hohenzollernvergleich in den letzten Oktobertagen erfolgen. Die Zahlung wird zu Händen des Generalbevollmächtigten des Hohenzollernhauses Herrn von Berg über die Seehandlung vorgenommen werden.

Nach den Morgenblättern erfolgt sich gestern wegen Nervenzusammenbruchs Direktor Georg Hermann aus Leipzig im Büro der Darmstädter Rentenbank.

Die D. A. Z. meldet aus Riga, daß die Deutschen, Russen, Juden und Polen einen Parlamentsblock gebildet haben, um ihre nationalen Forderungen solidarisch durchzusetzen. Der Block umfaßt 16 Abgeordnete, deren Stimmen für die Parlamentsmehrheit maßgebend sind.

Hamburgs Elbschiffverkehr ist durch starken Nebel stillgelegt.

Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Luxemburg stach auf der Zeche „Adolf Emilhütte“ in Esch an der Alzette ein entlassener Arbeiter einen Obermeister mit einem Dolch nieder, tötete den Oberingenieur durch einen Revolverschuß und verletzte den Hüttendirektor schwer. In der allgemeinen Verwirrung entkam der Mörder.

Ist unser Kohlenbedarf für den Winter gedeckt?

Die Natur begann ihr großes äußeres Sterben. Herbstkühle und durchdringende Feuchtigkeit ziehen über Land und gemahnen uns beklagenswerte Mitteleuropäer, daß wir jeden monatlang auf künstliche Wärmezeugung und Wärmezufuhr angewiesen sein werden, um unser Lebensgleichgewicht zu erhalten. Gewiß, der Winter bringt auch seine Freuden, und ausgebehtete und wichtige Wirtschaftsgebiete sind auf den Wechsel der Jahreszeiten angewiesen, — aber Frost und Kälte sind trotzdem auch bittere Feinde der Menschheit.

Kaum ist die Ernte eingebracht, so rückt auch schon das Heizungsproblem in Stadt und Land an erste Stelle für jeden einzelnen Hausbesitzer und Wohnungsinhaber. Da wir in Deutschland fast ausschließlich mit Kohlen in verschiedener Gestalt heizen, so liegt der Schwerpunkt des Heizungsproblems in der Frage der Sicherung des heimischen Kohlenbedarfs in den Wintermonaten. Das Deutsche Reich ist einer der größten Kohlenverbraucher und Kohlenverbraucher der Welt. Wir verbrauchen fast 150 Millionen Tonnen (zu je 1000 Kilo die Tonne) Kohle im Jahr (Braunkohle und Steinkohle in ihrem Heizwert auf Steinkohle umgerechnet), das macht fast 2500 Kilo Kohle auf den Kopf der Bevölkerung. Wenn auch die Industrie den bei weitem größten Teil dieser Menge schluckt, so ist doch der auf Beheizung der Wohn- und Arbeitsstätten entfallende Anteil recht beträchtlich. Seine richtige und rechtzeitige Verteilung auf die Millionen Verbraucher im Reich ist eine gewaltige, organisatorische Aufgabe, die an die Verkehrsmittel zu Wasser und zu Lande die allergrößten Anforderungen stellt. Da wir in der Regel mehr Kohlen erzeugen, als wir verbrauchen, so ist überhaupt die Bedarfsdeckung viel mehr ein Verkehrs- als ein Beschaffungsproblem.

In diesem Jahre, wo das Aussehen der Förderung in England infolge des Kohlenstreiks dieses sonst an erster Stelle stehende Kohlenexportland zum Import- und Bedarfsland gemacht hat, hat die deutsche Kohlenausfuhr in sonst von England belieferte Länder weit über das normale Maß zugenommen und sogar die Befürchtungen geweckt, daß infolgedessen unsere Förderung und unsere Vor-

Die große Hilfsaktion für die Erwerbslosen

Berichte der zuständigen Reichsminister

Die Gefahren des Wirtschaftsmanifestes für die Landwirtschaft — Hindenburg in Bremen Stegerwald für die Große Koalition im Reiche — Englisch-türkischer Kaukasus-Schacher 70 Tote auf Cuba

Eine Erklärung der Reichsregierung.

4 Berlin. Der Reichsausschuss für Soziale Angelegenheiten setzte unter dem Vorsitz des Abgeordneten Esser (Zentrum) in Anwesenheit des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius und des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns die Aussprache über die Erwerbslosenfürsorge fort. Dr. Brauns gab im Namen des Reichskabinetts eine Erklärung ab, in der es heißt:

„Die Reichsregierung hat sich neuestens eingehend mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit befaßt. Sie ist der Überzeugung, daß

mit einer weiteren schrittweisen Besserung des Arbeitsmarktes zu rechnen

ist, falls nicht außergewöhnliche Witterungsverhältnisse im Winter unerwartete Hemmungen bereiten werden. Gleichwohl drückt die Arbeitslosigkeit nach wie vor schwer auf das deutsche Volk. Die Reichsregierung bleibt deshalb bemüht, soweit das irgendwie möglich ist, zusätzliche Arbeitsgelegenheit zu schaffen, insbesondere für die langfristigen Erwerbslosen. Sofern diese Mittel nicht ausreichen sollten, ist die Reichsregierung bereit, die unterstützende Fürsorge für die Ausgesteuerten in Zusammenarbeit mit der Wohlfahrtspflege derart zu verstärken, daß der gegenwärtig ausnahmslos große Not dadurch genügend gesteuert wird und die Verlängerung der Unterstützungsdauer über 52 Wochen hinaus vermieden werden kann. Es muß alles daran gesetzt werden, Erwerbslose, die schon ein Jahr Unterstützung bekommen, wieder in Arbeit zu bringen. Sollen besonders finanzschwache Gemeinden eine genügende Fürsorge nicht zu leisten vermögen, so ist die Reichsregierung bereit, solchen Gemeinden finanziell noch weiter entgegenzukommen, als es in dem Erlaß vom 5. Oktober durch Uebernahme von 50 Prozent der Kosten dieser Erwerbslosenfürsorge schon geschehen ist.

Angeichts der gekennzeichneten Arbeitsmarktlage und angesichts aller der Tatsachen, daß in durchaus nicht seltenen Fällen die heutigen Unterstützungssätze bereits die Löhne überschreiten oder schon sehr nahe an diese heranreichen, ist eine

allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze nicht angängig. Dagegen muß anerkannt werden, daß einzelne Kategorien von Erwerbslosen, die Alleinstehenden, insbesondere die unter 21 Jahren, einer stärkeren finanziellen Unterstützung bedürfen. Die Zustimmung der Länder vorausgesetzt, ist die Reichsregierung bereit, hier zu helfen. Auf die Prüfung der Bedürftigkeit glaubt die Reichsregierung so lange nicht verzichten zu können, als öffentliche Gelder des Reiches, der Länder und Gemeinden in beträchtlichem Ausmaße für die Erwerbslosen aufgewendet werden müssen.

Das Los der älteren Arbeiter und Angestellten ist auch für uns ein Gegenstand schwerer Sorge. Die endgültige Lösung ist hier noch nicht spruchreif. Der Reichswirtschaftsminister wird sich sofort mit Vertretern der Arbeitgeber ins Benehmen setzen, um auf diesem Wege dahin zu wirken, daß schon jetzt bei unvermeidlichen Betriebsbeschränkungen und -änderungen Härten gegen die älteren Arbeiter und Angestellten vermieden werden.“

Neue Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Erklärung des Reichsfinanzministers.

Ueber die Finanzlage des Reiches sprach Reichsfinanzminister Dr. Reinhold im Sozialpolitischen Ausschuss: Er führte u. a. folgendes aus:

Die Finanzlage des Reiches hat sich besser entwickelt, als von vielen Seiten zu Anfang dieses Jahres erwartet worden ist. Die Einnahmen des Reiches haben im ersten Halbjahr

gegenüber dem Voranschlag ein Mehr von 130 Millionen ergeben. Trotzdem ist die Finanzlage immer noch angepannt, und wir werden

hart an der Grenze eines Defizits

vorbeistreichen. Ein Defizit muß aber unter allen Umständen ebenso vermieden werden wie eine Ansammlung von Reserven. Da die Reichsregierung die Beschaffung von Arbeit für den besten Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit hält, hat sie in erheblichem Umfange Mittel für diese Zwecke in den Haushalt eingestellt. Im ordentlichen Haushalt 1926 sind hierfür 108 Millionen Reichsmark vorgesehen. Im Nachtragshaushalt, der demnächst dem Reichstag zugehen wird, sind weitere sehr

erhebliche Mittel vorgesehen, mit denen Arbeitslose wieder in Arbeit gebracht werden sollen.

Die Mittel sollen im Anleihewege aufgebracht werden und im einzelnen folgende Verwendung finden: Als erste Rate für die Fertigstellung begonnener Bahnbauten werden 11,2 Millionen RM. eingestellt. Ferner erhält die Reichsbahn zur Durchführung eines zusätzlichen Beschaffungsprogrammes 100 Millionen RM. Zur Förderung des Kleinwohnungsbauens sind 200 Millionen, für den Bau von Landarbeiterwohnungen 30 Millionen Reichsmark ausgeworfen. Für Siedlungszwecke sollen 50 Millionen Reichsmark Verwendung finden. Ebenso werden eine große Reihe von Kanalbauten gefördert oder in Angriff genommen. Endlich werden die

Mittel für die produktive Erwerbslosenfürsorge um 100 Millionen Reichsmark erhöht

werden. Damit sind wir bis zur äußersten Grenze dessen gegangen, was wir unter Berücksichtigung der für Anleihen zur Verfügung stehenden Kapitalien verantworten können.

Im ganzen Besserung der Wirtschaftslage.

Bericht des Reichswirtschaftsministers.

Nach dem Reichsarbeitsminister gab Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius einen Ueberblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage. Dabei führte er u. a. folgendes aus:

Der tiefste Punkt der deutschen Wirtschaftskrise kann jetzt Februar dieses Jahres als überwunden gelten, unsere Wirtschaft befindet sich

in einer aufsteigenden Entwicklung.

Von einer günstigen Wirtschaftslage sind wir freilich noch weit entfernt. Als Ursache der Depression hob der Minister die Verminderung der Kaufkraft weiter Schichten unserer Bevölkerung, so unseres Mittelstandes, die Krise der Landwirtschaft und die drückende Arbeitslosigkeit selbst hervor. Diese Arbeitslosigkeit schwäche die Kaufkraft von mehreren Millionen Menschen.

Das Reichswirtschaftsministerium, so fuhr der Minister fort, hat es stets als eine seiner ordnungsgemäßen Aufgaben betrachtet, für die Beschaffung normaler Arbeitsgelegenheit tätig zu sein. Dabei sind die Fonds für die produktive Erwerbslosenfürsorge auch für das Reichswirtschaftsministerium von größter Bedeutung gewesen. In dieser Richtung, mit vorübergehender Unterstützung dauernde und produktive Arbeitsgelegenheit zu schaffen, muß fortgeführt werden.

Sodann ging der Minister auf die zweite Richtung der Erschließung neuer Absatzmärkte durch Eröffnung neuer Kreditwege

ein. Er wies in diesem Zusammenhang auf das Ruffengeschäft hin, das im Sinne der Beschaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit sich auswirke. — Zur Frage der weiteren Finanzierung des Ruffengeschäftes erklärte der Minister, daß Verhandlungen im Gange und die

